

unterstützt wurden. Zu den Referenten gehörten u. a. Dr. Hans Apel, Hans Matthöfer, Helmut Rohde, Helmut Schmidt, Karl Ravens und Ernst Schellenberg. Auf weiteren neun Konferenzen für berufstätige Frauen mit insgesamt 2150 Teilnehmerinnen sprachen u. a. Annemarie Renger, Ernst Schellenberg und Herbert Wehner.

### **Sportkonferenz**

Unter dem Thema „Sportförderung nach Mexiko – aber wie?“ stand die Sportkonferenz der SPD, die am 30. Januar in Bad Godesberg stattfand. Die Teilnehmer – unter ihnen Herbert Wehner, Friedel Schirmer und Heinz Fallak, Sportwart des Deutschen Leichtathletikverbandes, forderten eine zukunftsweisende Konzeption des Sports. Der Vorsitzende des Sportbeirates beim Parteivorstand der SPD, Friedel Schirmer, setzte sich für die Bildung eines Deutschen Sportrates ein, der seine Aufgaben unabhängig von der Bundesregierung und vom Deutschen Sportbund erfüllen könne.

### **Rechts- politischer Kongreß**

Der zweite Rechtspolitische Bundeskongreß der SPD, der vom 21. bis 23. Februar 1969 in Mainz stattfand, befaßte sich unter dem Leitgedanken „Rechtspolitik im Dienste der Demokratie“ vor allem mit Fragen des Presserechts und der Justizreform. Der Einladung zu diesem Kongreß, an dessen Planung und Durchführung der Vorsitzende des Rechtspolitischen Ausschusses der SPD, Martin Hirsch, maßgeblich beteiligt war, waren 600 Teilnehmer gefolgt. Nach einem einleitenden Referat Professor Horst Ehmkes diskutierten die pressepolitischen Arbeitsgemeinschaften die Schwerpunktthemen: Ökonomische und wirtschaftsrechtliche Bedingungen der Pressefreiheit; soziologische und psychologische Bedingungen der Informationsfreiheit; verfassungsrechtliche Fragen und Fragen der inneren Pressefreiheit.

Die Arbeitsgemeinschaft zur Justizpolitik befaßte sich mit den Themen: Reform der Rechtspflege-Organisation; Beschleunigung und Modernisierung des Gerichtsverfahrens; Ausbildung, Auswahl und Stellung der Richter. Am 23. Februar wurde der Kongreß nach Berichten der Arbeitsgemeinschaften und einer Generaldebatte mit einem Vortrag Dr. Gustav Heinemanns abgeschlossen. Der Rechtspolitische Kongreß der SPD hatte ein vielfältiges Presse-Echo. Insbesondere wurde dabei hervorgehoben, daß es auf diesem Kongreß gelungen sei, Fachwelt und Öffentlichkeit auf die ungelösten Fragen des Presserechts hinzuweisen.

### **„20 Jahre Grundgesetz“**

Zu einem Zeitpunkt, als die CDU sich darum bemühte, mit dem Schlagwort „20 Jahre Bundesrepublik – 20 Jahre CDU“ ihre Position als Staatspartei zu verbessern, nahm die SPD den 20. Jahrestag der Annahme des Grundgesetzes am 8. Mai 1969 zum Anlaß, in einer Feierstunde in Bad Godesberg auf ihre Mitwirkung an der Verfassung unseres Landes hinzuweisen. Professor Carlo Schmid berichtete in seiner Rede über Vorgeschichte, Entstehung und politische Bedeutung des Grundgesetzes.

### **Wohnungs- und Städtebau- kongreß**

Gesellschaftspolitische Fragen standen auf dem Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD, der am 19. und 20. Juni in München stattfand, im Vordergrund. Unter dem Leitthema „Der Bürger und seine soziale Umwelt – Aufgaben, Ziele und Wege“ wurden die bauliche Umwelt des Menschen, Raumordnung, Städtebau und Verkehrspolitik diskutiert. Nach dem einleitenden Referat Dr. Lauritz Lauritzens be-



*Ausschnitt vom Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD im Juni 1969 in München*

faßten sich vier Arbeitskreise mit den gesellschaftspolitischen Detailfragen der Wohnungs- und Städtebaupolitik. Die Ergebnisse, Forderungen und Zielvorstellungen des Kongresses wurden in einer „Charta“ zusammengefaßt. Die Abschlußrede hielt Willy Brandt.

**Agrar-politische Konferenz**

Den für das sozialdemokratische Wahlkampfkonzept sehr wesentlichen Fragen moderner Landwirtschaftspolitik widmete sich die Agrarpolitische Konferenz der SPD, zu der am 5. Juli 400 Teilnehmer aus Landwirtschaft und Verbänden nach Bad Godesberg gekommen waren. Die von Dr. Tassilo Tröscher geleitete Konferenz wurde von Helmut Schmidt eröffnet. Professor Dr. Karl Schiller erläuterte die Aufgaben einer „Wirtschaftspolitik für die Landwirtschaft“. Der Agrarexperte der SPD, Dr. Martin Schmidt (Gellersen), sprach zu dem Thema „Die Neuorientierung der Agrarpolitik“. Auch diese Konferenz hatte ein lebhaftes und positives Echo.

**Europäisches Gespräch**

Das Europäische Gespräch der SPD, das am 20. und 21. Juli in Bad Godesberg stattfand, diente im Bundestagswahlkampf der Darstellung des europäischen Engagements der deutschen Sozialdemokratie, die seit Jahrzehnten an der Spitze der europäischen Einigungsbewegung steht. Willy Brandt, Professor Carlo Schmid und neben

vielen anderen Bruno Kreisky erläuterten den Weg zur europäischen Einigung und die Aufgaben eines größeren und geschlosseneren Europa.

## **Wahlkongreß**

Mit ihrem Wahlkongreß leitete die SPD die Endphase des Bundestagswahlkampfes am 24. August 1969 in der Essener Gruga-Halle ein. Vor rund 8000 Teilnehmern und unter einem orangefarbenen Transparent mit dem Wahlslogan „Wir schaffen das moderne Deutschland – wir haben die richtigen Männer“ bekräftigten Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Karl Schiller und Heinz Kühn den Führungsanspruch der Sozialdemokratischen Partei. Im Mittelpunkt standen die Krise von 1966 und der durch die Sozialdemokratische Partei eingeleitete Aufschwung, die von den Sozialdemokraten vorangetriebenen Reformen und die Friedenspolitik Willy Brandts. Die unfairen Angriffe zahlreicher CDU- und CSU-Politiker – insbesondere gegen die in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 verankerten außen- und deutschlandpolitischen Bemühungen der SPD – wurden scharf zurückgewiesen.

In seiner Rede forderte Willy Brandt die Teilnehmer des Kongresses auf:

„In den vor uns liegenden Wochen ist es unsere Pflicht, die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, daß wir bereit und in der Lage sind, das moderne Deutschland zu schaffen. Wer diesen Wahlkampf mit früheren vergleicht, der sieht: Die CDU/CSU befindet sich in der Verteidigung. Die SPD hat die Offensive. Nun gilt es, bis zur letzten Minute das Gesetz des Handelns zu behalten.

Es geht um das moderne Deutschland. Die SPD weiß, wie es aussehen soll. Sie verfügt über die Persönlichkeiten, die es gestalten werden. Aber wir können es nur schaffen gemeinsam mit allen guten, schöpferischen, unverbrauchten, verantwortungsbewußten Kräften unseres Volkes.

Dann beginnt am 28. September 1969 ein neues, stolzes Kapitel in der Geschichte der SPD und in der Geschichte Deutschlands.“

## **Willy Brandt im Wahlkampf**

Auch für den Wahlkampf Willy Brandts war die Ausgangssituation des Jahres 1969 wesentlich anders als bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen. Die SPD mußte zwar noch immer gegen eine Partei antreten, die von 1949 an den Bundeskanzler gestellt hatte; aber ihre Mitverantwortung in der Bundesregierung hatte Konsequenzen für die Konzeption der Wahlkampagne ihres Parteivorsitzenden.

Willy Brandt stand an der Spitze einer populären Regierungsmannschaft, die sich in den drei Jahren der Großen Koalition bewährt hatte und in der Öffentlichkeit bekannt geworden war. Dieser Mannschaft, in der sich jeder so weit wie möglich in die Strategie des Gesamtwahlkampfes einfügte, stellte die CDU lediglich ihren Vorsitzenden Kiesinger gegenüber.



*Mit einem Wahlkongreß eröffnete die SPD am 24. August 1969 in Essen den Bundestagswahlkampf*

**Partei-  
vorsitzender  
und Staatsmann**

Die politisch-taktische Konzeption für den Wahlkampf des Spitzenkandidaten der SPD basierte auf der Überlegung, daß diesmal — anders als 1961 und 1965 — ein Außenminister um den Sieg seiner Partei kämpfte. Als Chef des Auswärtigen Amtes hatte Willy Brandt sich in einer breiten Öffentlichkeit innerhalb kurzer Zeit Vertrauen erworben. Sein Beitrag zur weltweiten Friedenspolitik, sein zähes Bemühen um eine europäische Friedensordnung und um eine Eindämmung nuklearer Gefahren, sein Einsatz für einen Anschluß Englands an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und sein Bemühen um ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn hatten ihm weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus Sympathien eingetragen.

Auch über die nicht allzu große Gruppe politisch Interessierter und Informierter hinaus wurden seine politischen Fähigkeiten positiv vermerkt. Wie demoskopische Untersuchungen bewiesen, wird vor allem seine Zähigkeit und sein Durchhaltungsvermögen, seine Initiative und seine Umsicht geschätzt. In weiten Bereichen verfügte Willy Brandt deshalb schon als Außenminister über einen größeren Vertrauens- kredit als der CDU-Spitzenkandidat Kiesinger. Dieser gewandelten Situation mußte die sozialdemokratische Wahlkampf- führung gerecht werden.

Der Parteivorsitzende und Außenminister hatte schon lange vor Beginn des Wahlkampfes — im Kabinett und in den Führungsgremien der SPD — gefordert, das Kabinett müsse im Wahlkampf funktionsfähig bleiben. Auch in der heißen Wahlkampfphase mußten die Minister ihre Amtsgeschäfte weiterführen. So unterbrach Willy Brandt seinen Wahlkampf, um in New York anläßlich der UNO-Vollversammlung politische Gespräche zu führen. Dort traf er unter anderem auch mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zusammen. Bereits einige Wochen vor seinem dreitägigen Besuch in den USA hatte Willy Brandt europäische Orientierungsgespräche mit den Außenministern Dänemarks, Schwedens und Hollands geführt.

**Regierungs-  
arbeit und  
Wahlreisen**

Aus der Forderung Willy Brandts, auch im Wahlkampf die Regierungsgeschäfte unbeschadet weiterzuführen, ergab sich für ihn wie für die anderen sozialdemokratischen Minister des Kabinetts die Notwendigkeit, vormittags den Amtsgeschäften nachzugehen und erst am Nachmittag zum Wahlkampf aufzubrechen. Die technischen Probleme, die sich aus einem Verzicht auf mehrtägige Wahlkampf-Rundreisen ergaben, wurden mit Hilfe von Autos, Bundesbahn, Flugzeugen und Hub- schraubern perfekt gelöst. Während die Hinreise meist per Auto oder Flugzeug abgewickelt wurde — die Zeit war gerade in den Mittags- stunden knapp —, standen für die Rückreise in die Bundeshauptstadt Schlafwagen der Bundesbahn zur Verfügung.

Willy Brandt legte auf diesen Halbtagsreisen, die ihn im Wahl- und Vorwahlkampf zu rund 250 Veranstaltungen in alle Teile der Bundes- republik führten, fast 40 000 Kilometer zurück (davon allein rund 15 000 km mit dem Auto, rund 12 000 km im Flugzeug). Er erreichte mit seinen Reden in 42 Tagen weit über eine Million Zuhörer.

Pro Tag wurden im Durchschnitt etwa fünf große Veranstaltungen — unter freiem Himmel oder in Sälen — absolviert, zwischen denen

kurze Besuche in Rathäusern (Eintragung ins „Goldene Buch“ der Stadt etc.) oder Betrieben stattfanden. Die Mittags- und Abendessen ließen Zeit zu Gesprächen mit örtlichen Honoratioren und Journalisten. Die nächtliche Rückfahrt nach Bonn diente, soweit nicht Aktenstudium oder andere wichtige Arbeiten unumgänglich waren, ausführlichen politischen Diskussionen mit Journalisten und Mitarbeitern.

Um speziell die verschiedenen Aktionen des Mitarbeiterstabs Willy Brandts zu koordinieren oder, wenn dies notwendig wurde, die Terminplanung kurzfristig umstellen zu können, trafen sich wöchentlich alle am Wahlkampf des Parteivorsitzenden Beteiligten unter Vorsitz Willy Brandts im SPD-Parteihaus, um „Manöverkritik“ an der vergangenen Woche zu üben, aktuelle Argumentationsmodelle zu entwickeln und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

### **Gegenüberstellung der Spitzenkandidaten**

Die wahltaktische Konzeption des SPD-Wahlkampfes beruhte ursprünglich auf der Überlegung, daß eine personelle Polarisierung zwischen den Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien soweit wie möglich vermieden werden müsse. Dieser Konzeption kam anfangs die Tatsache zugute, daß sich beide Parteien bemühten, ihren Spitzenkandidaten aus dem Tagesstreit herauszuhalten.

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, die mit zunehmender Intensität des Wahlkampfes immer stärker in den Mittelpunkt rückten, führten außerdem dazu, daß der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller stärker als ursprünglich erwartet in das Kreuzfeuer der gegnerischen Kritik geriet. Auf der anderen Seite



*Willy Brandt setzt auf „Sieg“. Ein Streiflicht aus dem Bundestagswahlkampf*

war es der Finanzminister und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß, auf den sich die Angriffe der SPD konzentrierten. Diese Verlagerung der Auseinandersetzungen auf zwei Politiker, deren Fachbereiche die Öffentlichkeit in ungewöhnlichem Maße interessierte, kam letztlich der Wahlkampfkonzeption der SPD zugute.

Mit Willy Brandt war sich die SPD-Führung darin einig, daß eine Gegenüberstellung der beiden Spitzenkandidaten jedoch auf die Dauer nicht zu umgehen sei. Das Gesetz des Handelns war auf der Seite des SPD-Vorsitzenden, als er den CDU-Vorsitzenden Kurt-Georg Kiesinger mehrfach zu einer Fernsehdiskussion aufforderte, um mit ihm vor einer breiten Öffentlichkeit aktuelle politische Probleme zu erörtern. Die CDU-Führung schob formale Bedenken vor und lehnte ein solches Gespräch ab: Frühere Fernsehdiskussionen zwischen den Parteivorsitzenden hatten fast immer gezeigt, daß Willy Brandt auch in der direkten Konfrontation eindeutig dominierte.

Auch eine andere Aktion förderte indirekt die Polarisierung der Spitzenkandidaten von SPD und CDU: der Versuch Willy Brandts, den CDU-Spitzenkandidaten zu eindeutigen Stellungnahmen in bestimmten innen- und außenpolitischen Fragen zu zwingen. So forderte er den CDU-Vorsitzenden Kiesinger unter anderem öffentlich auf, sich von den polemischen Attacken des CSU-Wochenblattes auf die von beiden Regierungsparteien getragene Ostpolitik zu distanzieren. Willy Brandt schloß daran die Frage, ob sich Kiesinger möglicherweise gegenüber dem CSU-Vorsitzenden Strauß und dessen Wochenblatt nicht mehr durchsetzen könne.

Entgegen der ursprünglichen CDU-Wahlkampfkonzeption („Auf den Kanzler kommt es an!“) und entgegen den Vermutungen der sozialdemokratischen Wahlkampfexperten wich die CDU mit zunehmender Intensität des Wahlkampfes der direkten Konfrontation der beiden Spitzenkandidaten immer mehr aus. Den CDU-Slogan konterte die SPD mit dem Hinweis, es komme nicht auf den Kanzler, sondern in erster Linie auf den Wähler an, dann aber vor allem auf die Mannschaft, die eine Partei zu präsentieren habe.

Eine der Hauptgründe für den Wahlerfolg der SPD und die Verluste der CDU/CSU war nachweisbar die Tatsache, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt an der Spitze einer populären Regierungsmannschaft den Wahlkampf führte, während die Wahlkampfaktik der Unionsparteien mit einem einzigen Mann stand und fiel. Große Gruppen unsicher gewordener Wähler entschieden sich am Wahltag gegen die Ein-Mann-Politik der CDU/CSU und für die politische Konzeption der SPD, deren Kabinettsmitglieder sich in drei Jahren Großer Koalition bewährt hatten.

## **Zentraler Rednereinsatz**

Der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung brachte für einen zentralen Rednereinsatz einerseits erhebliche Schwierigkeiten mit sich.



*Herbert Wehner sprach während des Bundestagswahlkampfes auf zahlreichen Wahlversammlungen*

rigkeiten mit sich, machte ihn aber andererseits auch effizienter. Schwierigkeiten deshalb, weil die Parteiorganisation sich um einen möglichen großzügigen Einsatz von Bundesministern bemühte, deren Arbeitsanfall in den Häusern und das sozialdemokratische Konzept, die Regierungsarbeit in der Wahlauseinandersetzung nicht zu vernachlässigen, gerade die sozialdemokratischen Bundesminister in Bonn festhielt, so daß prinzipiell nur Nachmittage und Abende für den Einsatz zur Verfügung standen. Effizienter deshalb, weil die sozialdemokratischen Politiker als Mitglieder einer in der Regierung erfolgreichen Partei auf den Versammlungen eine weit bessere Ausgangsposition hatten als in allen Wahlkämpfen zuvor. Der Rednereinsatz, der anfangs etwas zähflüssig angelaufen war, konnte durch eine sorgfältig geplante Organisation der Termine und Themen zu einem wichtigen Instrument der Wahlauseinandersetzung ausgebaut werden. Im Wahlkampf wurden insgesamt 1500 Einsätze vermittelt. Diese Einsätze waren fast sämtlich auf die Erwartungen einer Gesellschaft ausgerichtet, die politischer geworden ist und bei Wahlversammlungen alten Stils nicht mehr goutierte. Deshalb dominierten bei den Einsätzen Betriebsbesichtigungen, Pressegespräche und Diskussionsveranstal-

# Das schrieb uns Inge Meysel:

Ich bin Schauspielerin. Ich habe gelernt zu spielen, nicht zu schreiben.

Ich bin von vielen Seiten gebeten worden, meine Meinung zu sagen; ich bin auch von vielen Seiten gewarnt worden, meine Meinung zu sagen.

Ich weiß nicht, ob es für andere eine Bedeutung hat zu wissen, was ich wähle. Aber da man mich gefragt hat zu Ich wähle SPD.



Testimonial-Faltblätter

Generalleutnant a.D.  
Graf von Baudissin

Männer,  
die JA zur  
SPD  
sagen

Heide  
Rosendahl

Weltrekordlerin im Fünfkampf

Sportler,  
die JA zur  
SPD  
sagen

Farbiger  
Bundestagswahlkampf '69

Druckschriften

# Ferien magazin

0,80 DM

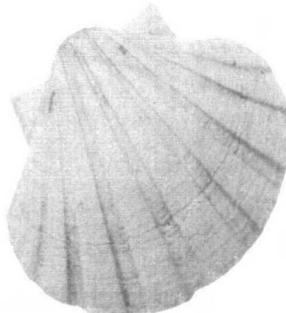
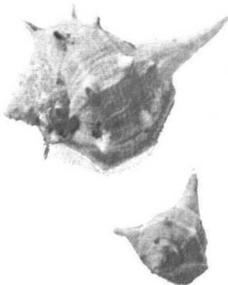
Erleben  
Sie ein  
Wochenende  
mit  
Willy Brandt

Lesen Sie,  
wo Prominente  
Urlaub  
machen

Begleiten  
Sie Professor  
Schiller  
24 Stunden  
lang

**TEST**

Sind Sie ein  
guter  
Urlaubs-  
Typ?



# Was Willy Brandt in die Hand nimmt...

...gelingt ihm auch. Das gilt nicht nur für das Forellenglücken an einem freien Wochenende.



Dieses Bild hat Stefan Lochow gemacht. Die Politik behält ihm die Ruhe. Außerdem ist er seit 1970 Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes in Westfalen. Er ist ein Mann, der sich für die kleinen Leute interessiert. In der Vergangenheit hat er sich für die Interessen der Arbeiter und der Studenten eingesetzt. Er ist ein Mann, der sich für die Interessen der kleinen Leute interessiert. Er ist ein Mann, der sich für die Interessen der kleinen Leute interessiert.

## Innenseiten



### Der Mann, bei dem der Laden stimmt

Erleben Sie hier einen Tag im Leben des Ministers-Schüler.

Dieses Bild hat Stefan Lochow gemacht. Die Politik behält ihm die Ruhe. Außerdem ist er seit 1970 Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes in Westfalen. Er ist ein Mann, der sich für die kleinen Leute interessiert. In der Vergangenheit hat er sich für die Interessen der Arbeiter und der Studenten eingesetzt. Er ist ein Mann, der sich für die Interessen der kleinen Leute interessiert.

Vergessen wir nicht, was war.  
Was wir daraus gemacht haben.  
Und was sein kann.

# 1966:

## Die Krise war perfekt.

Die damalige Regierung aus CDU und CSU und FDP hatte abgewirtschaftet: die Staatsfinanzen waren ruiniert. Die Wirtschaft steckte in der Krise. Und das waren die Folgen:

- Hunderttausende wurden arbeitslos.
- Über eine Million Arbeitsplätze gingen verloren.
- Zahlreiche betriebliche Sozialleistungen fielen dem Rotstift zum Opfer.
- Die Schuldigen an der Krise riefen nach dem Abbau der bruttolohn-dynamischen Rente.
- Unsicherheit zog im Land ein. Viele hatten Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das Vertrauen auf eine sichere Rente war erschüttert.
- Die Krise hat uns allen über dreißig Milliarden D-Mark gekostet.

Davon wollen CDU und CSU und FDP heute nichts mehr hören. Aber die Arbeitnehmer haben es nicht vergessen.

# 1969:

## Heute geht es wieder aufwärts.

Es sind zwei Jahre Arbeit der SPD in der Bundesregierung liegen hinter uns. Die SPD hat sich gewendet: Unsere Wirtschaft hat dank Professor Schiller wieder Hochkonjunktur. Die Staatsfinanzen konnten wieder in Ordnung gebracht werden. Die D-Mark ist eine der stabilsten Währungen der Welt.

Wichtig ist heute die Lage dar: Die SPD hat sich für eine Beschäftigung ist erreicht. Der Minister Prof. Schiller fordert: Löhne und Gehälter müssen steigen. Die Voraussetzungen für den sozialen Fortschritt sind geschaffen.

Die SPD Verantwortung in der Bundesregierung trägt, sind die Renten um 24 Prozent gestiegen. Die SPD kämpft im Bundestag für die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall und für die Heraussetzung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte. Die SPD hat im Bundestag die Mitbestimmung auf die Tagesordnung gesetzt.

Das sind die Unterschiede zwischen damals und heute. Niemand darf vergessen, warum dies so ist: Sozialdemokraten tragen Regierungsverantwortung:

Herzogstr. Vorstand der SPD, Bonn, Offendruck Druckerei Dr. Kötter, 4-40-41-1000

Sport-Flugblatt

**Wir wollen, daß unsere Sportler auf der Olympiade gut abschneiden. Deshalb werden wir den deutschen Sport mehr fördern.**



**Am 9. Mai wurden alle deutschen Urlauber geschädigt.**

Prof. Schillers Vorschlag, Ihre Reisekasse durch eine Aufwertung der D-Mark aufzubessern, wurde durch das „Nein“ von Strauß und Kiesinger verhindert. (Statt 8,95 holländische Gulden hätten Sie 9,54 für zehn DM bekommen.)

Ärgern Sie sich deshalb nicht. Am 28. September entscheiden Sie, ob Prof. Schiller seine vernünftige Wirtschaftspolitik fortsetzen kann. Oder ob Politiker, die kurzsichtige Einzelinteressen vertreten, weiter diese Politik blockieren können.

Nord

Sonntag, der

**28.**  
**September**

ist so wichtig für Ihre Zukunft, daß Sie wählen sollten.

Auch wenn Sie nicht selbst zur Wahl gehen können.

Briefwahl-Prospekt

**32 Prozent mehr Rente.**

**Das haben wir durchgesetzt. Unser Ziel: die Renten sollen weiter steigen.**

**SPD**  
Wir haben die richtigen Männer

Kurszettel

Rentner-Broschüre ▶

tungen mit kurzem Einleitungsreferat. Die bei allen Einsätzen neugewonnenen Erfahrungen werden bei den Bemühungen, zeitgemäße Veranstaltungsformen zu finden, einen wesentlichen Beitrag leisten.

## **Aktion „Demokratisches Gespräch“**

Die Zentrale Wahlkampfleitung erarbeitete 1969 nicht nur in der politischen und werblichen Konzeption des Wahlkampfes neue Ansätze, sondern versuchte auch mit der Aktion „Demokratisches Gespräch der SPD“ für alle Mitglieder ein Modell zu entwerfen, anhand dessen im Wahlkampf eine effektivere Mitarbeit möglich wurde.

Ausgangsbasis dieser Arbeit war die Erkenntnis, daß es notwendiger als früher war, auf einer breiten Basis mit einer bisher nicht gekannten Intensität die Diskussion und das direkte Gespräch mit dem Wähler zu suchen: Der Wunsch, der Wille und auch die offene Forderung nach einem stärkeren Mitspracherecht in der Politik zeigt sich in breiten Bevölkerungsschichten – auch in der mittleren und der älteren Generation. Die Werbepsychologie hat zudem erkannt, daß die Wirksamkeit der Werbemittel durch das persönliche Gespräch vervielfacht werden kann.

Vor dem Wahlkampf 1969 hatte es in der Bundesrepublik nur Erfahrungswerte aus örtlichen, regional oder sachlich eng begrenzten Einzelaktionen gegeben: Nichtwähleraktionen, Hausbesuche, Straßengespräche. Fast alle waren spontan und kurzfristig organisiert und ließen keine umfassenden Rückschlüsse zu. Erfahrungen aus einer Aktion, in der sich die SPD an alle Mitglieder wendet und eine Antwort erbittet, fehlten bisher. Das Beispiel einer systematisch vorbereiteten Aktion dieses Typs bot der schwedische Wahlkampf 1968. Aber dieses Beispiel konnte nicht als Modell für die Bundesrepublik übernommen werden, weil die Schweden bereits zwei Jahre vor der Wahl ihre Aktion, für die rund 8 Prozent aller Wahlkosten zur Verfügung gestellt wurden, begonnen hatten.

Für 1969 konnte die Aktion „Demokratisches Gespräch“ nur der Versuch sein, der zwangsläufigen Notwendigkeit – der Parteiorganisation eine Hilfe für das persönliche Gespräch zu geben – gerecht zu werden. Die zeitliche Verspätung der technischen, organisatorischen und psychologischen Vorbereitung wurde konzeptionell überbrückt durch ein auf Fragebogen vorgelegtes Arbeitsangebot, das herkömmliche Formen der Mitarbeit wie Plakatierung, Autokorso usw. mit bekannten Gesprächsformen (Hausbesuch) und neuen Gesprächsformen (Arbeitsplatzgespräch und Nachbarschaftsgespräch) verband.

### **Fragebogenaktion**

Zwischen dem 25. Mai und dem 25. Juni erhielten die Mitglieder der SPD die Fragebogen mit einem umfassenden Arbeitsangebot. Danach informierten rund 30 Unterbezirke – 12 bis 15 Prozent der Wahlkreise – ihre Mitarbeiter in eigens einberufenen Funktionärskonferenzen über

die Aktion. Zwischen dem 15. Juli und dem 1. September erfolgte die Rücksendung der ausgefüllten Fragebogen an das Erich-Ollenhauer-Haus. Ab Mitte August erhielten alle Mitglieder, die den Fragebogen ausgefüllt hatten, die „bonner depesche“ mit Sonderbeilagen und die Broschüre „Demokratisches Gespräch der SPD“.

Der Rücklauf der Fragebogen war unterschiedlich intensiv. Gründe dafür waren in technischen Schwierigkeiten, in Regionalstrukturproblemen und in der unterschiedlichen Bereitschaft der Organisation zur Mitarbeit zu sehen. Dabei war festzustellen, daß die größten Schwierigkeiten in typischen Großstadtorganisationen entstanden, während die Ergebnisse in den Bezirken, in denen kleinere Ortsvereine und Ortsvereine mittlerer Größe dominieren, sehr viel günstiger waren. Entscheidend war das Engagement der Unterbezirke und der Ortsvereine. Die Tatsache, daß im Unterbezirk Fulda 32,7 Prozent aller Mitglieder den Fragebogen ausfüllten, daß in weiteren 4 Unterbezirken über 20 Prozent und in 18 Unterbezirken zwischen 10 und 20 Prozent aller Mitglieder sich an der Aktion beteiligten, demonstriert, daß der Hinweis auf Terminschwierigkeiten nicht immer als Erklärung für die in manchen Unterbezirken mangelhafte Beteiligung der Mitglieder gelten konnte. Von den 28 000 Mitgliedern, die den Fragebogen zurück-



*„Willy macht's richtig“. Das Bild zeigt Helmut Schmidt im Bundestagswahlkampf*

sandten, waren nur 6000 Bezieher der „bonner depesche“. Das bedeutet: Durch die Aktion „Demokratisches Gespräch“ konnten für kurzfristig 22 000 neue Wahlhelfer gewonnen werden. Die Einzelerfolge:

1. Hunderte von Mitgliedern erklärten sich bereit, in der letzten Wahlkampfphase ganztägig – oft sogar mehrer Tage – mitzuhelfen.
2. Ein sehr hoher Prozentsatz der Fragebogen wurde von Mitgliedern ausgefüllt, die nicht in der Partei, sondern in den Betrieben als Betriebsräte oder Vertrauensleute der Gewerkschaften Funktionen wahrnahmen. Diese Gruppe konnte erstmalig im Wahlkampf direkt informiert werden.
3. Mit der Broschüre „Demokratisches Gespräch der SPD“ war zum erstenmal der Versuch gemacht worden, politische Inhalte eines Wahlkonzeptes pädagogisch-methodisch zu erläutern.
4. Die Auswertung der Fragebogen ergab, daß die Bereitschaft zum Arbeitsplatzgespräch (81 Prozent der ausgefüllten Fragebogen) am größten war. Das Nachbarschaftsgespräch wurde von weit weniger Mitgliedern akzeptiert. Die Erfahrung gibt die Möglichkeit, zu neuen Wertungen und neuen Methoden der Betriebsarbeit zu gelangen.

Trotz mancher – insbesondere zeitlicher – Schwierigkeiten, die die Wirkung der Aktion begrenzten, war sie bei zahlreichen Mitgliedern, die in die Parteiarbeit noch nicht integriert waren oder sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen hatten, auslösendes Moment für ihr persönliches Engagement im Bundestagswahlkampf.

## **Die Sozialdemokratische Wählerinitiative**

Obwohl es auch 1965 ein Engagement von Künstlern und Schriftstellern für die Sozialdemokratische Partei gegeben hat, war die „Sozialdemokratische Wählerinitiative“, die sich im Bundestagswahlkampf 1969 für die SPD engagierte, durch ihre Form und Wirksamkeit ein neues Element der Wahlauseinandersetzung. Über 3500 Bürger – die überwiegende Mehrheit davon waren Nichtmitglieder der SPD – hatten sich in regionalen Wählerinitiativen zusammengeschlossen, um in Veranstaltungen und Straßendiskussionen, mit Flugblättern und in lokalen und regionalen Testimonial-Anzeigen für den demokratischen Machtwechsel, für das Programm und die Politiker der SPD zu argumentieren.

### **Initiative und Zielsetzung**

Die Initiative war 1968 von einem Freundeskreis um den Berliner Schriftsteller Günter Grass, zu dem Künstler und Wissenschaftler wie Professor Jäckel, Professor Sontheimer, Günter Gaus, Thaddäus Troll und die Schauspielerin Ursula Herking gehörten, ausgegangen. Die Mitglieder dieses Kreises waren überzeugt, daß nur ein Wahlsieg der SPD die nach langer und selbstgefälliger CDU/CSU-Herrschaft beeinträchtigte Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie verstärken könnte. Außerdem wollten sie durch den lebendigen und kritischen Dialog zwischen Wähler und Partei, zwischen politisch



*Günter Grass mit Mitgliedern der Gruppe „Sozialdemokratische Wählerinitiative“, Professor Jäckel, Erdmann Linde, H. Hempel, Dr. Jäckel und Professor Varain (von links nach rechts).*

engagierten und noch desinteressierten Bürgern dazu beitragen, der demokratischen Kommunikation neue Wege zu bahnen. Als Hauptaufgabe sah die Gruppe die Bemühungen um potentielle Wähler der SPD mit neuen Mitteln. Eine wesentliche Chance bot ihr dabei ihr Zugang zu namhaften, unabhängigen Persönlichkeiten jedweder Fachrichtung. Ihr Ziel war es, die Gründung unabhängiger Komitees sozialdemokratischer Wähler überall in der Bundesrepublik anzuregen. Eine Bonner Zentrale hatte die Aufgaben, diese Bemühungen zu koordinieren.

Im Frühjahr 1969 nahm die „Sozialdemokratische Wählerinitiative“ in Bonn ihre Arbeit auf. Vor dem Parteitag der SPD in Bad Godesberg erläuterte Professor Kurt Sontheimer am 17. April 1969:

„Zu unserer Gruppe gehören Schriftsteller, Journalisten, Professoren, Studenten. Manche von uns sind Mitglieder der Partei, andere nicht. Aber alle sind wir Sozialdemokraten. Die SPD ist heute eine Volkspartei, d. h. sie lebt nicht nur aus ihren Mitgliedern, sondern auch aus ihrer Wählerschaft. Mitglieder und aktive Wähler sollten einen permanenten Dialog miteinander führen. Wir sind dafür, daß die Wähler den Wahlkampf nicht allein den Parteien überlassen. Unsere Initiative soll ein Beispiel geben. Denn wir sind der Meinung, daß die Zukunft der Demokratie in Deutschland die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei verlangt. Deshalb werden wir die SPD in ihrem Wahlkampf unterstützen. Wir sind nicht halbherzig. Die SPD ist für uns nicht das kleinere Übel, kein gerade noch wählbarer Überrest aus dem Mehrparteientopf der Bundesrepublik. Sie ist in unseren Augen diejenige große Partei, die am glaubwürdigsten und zuverlässigsten gesellschaftlichen Fortschritt, soziale Demokratie und liberale Rechtsstaatlichkeit verbürgt.“

## 215 Veranstaltungen

Im Bonner Büro der Wählerinitiative bereiteten sechs Mitarbeiter die zentralen Aktionen der Gruppe vor. Auf 215 Veranstaltungen sprachen Günter Grass, Professor Sontheimer, Professor Jäckel, Thaddäus Troll und Jens Litten in 92 Wahlkreisen vor einem Publikum, das den Instrumenten des traditionellen Wahlkampfes zumeist nur sehr schwer erreichbar ist. In besonderen Gebieten, die als Diaspora der SPD bezeichnet werden müssen, motivierten die Repräsentanten der Wählerinitiative ihr Engagement für die Sozialdemokratische Partei. Es konnte auf fast allen Veranstaltungen festgestellt werden, daß die Bevölkerung gegenüber unabhängigen Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern aufgeschlossener und interessierter ist als auf Veranstaltungen bisheriger Prägung. Durch die geleistete Arbeit konnte in Gebieten, in denen die Bevölkerung der SPD nicht grundsätzlich aufgeschlossen gegenübersteht, das Interesse an den politischen Informationen der SPD vorbereitet und verstärkt werden.

Die Wählerinitiative gab in der Vorwahlzeit die Zeitschrift „dafür“ heraus, die in zwei Nummern mit einer Gesamtauflage von 1 500 000 Exemplaren erschien. Das Organ, zu dessen Mitarbeitern u. a. Golo Mann, Wolf Graf von Baudissin, Peter Härtling, Viktor de Kowa, Ernst Werner Richter und Ursula Herking gehörten, zielte insbesondere auf Angestellte und Beamte, Selbständige und Frauen. Bei diesen Gruppen erschien es besonders wirksam, prominente Autoren für die Vorstellung der Sozialdemokratischen Partei sprechen zu lassen. In der ersten Nummer der Zeitschrift erklärte die Wählerinitiative:

„Wir sind dafür, daß die Wähler den Wahlkampf nicht alleine den Parteien überlassen. Unsere Initiative soll ein Beispiel geben. Darum haben wir als Bürger der Bundesrepublik Deutschland die ‚Sozialdemokratische Wählerinitiative‘ gegründet. Denn wir sind der Meinung, daß die Zukunft der Demokratie in Deutschland die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei verlangt. Deshalb werden wir die SPD in ihrem Wahlkampf unterstützen.“

## Wirksamkeit der Aktion

Der Erfolg der Wählerinitiative im Bundestagswahlkampf 1969 konnte statistisch nicht gemessen werden. Trotzdem belegt die Tatsache, daß der Funke aus Bonn bereits zum Beginn des Bundestagswahlkampfes sehr rasch auf zahlreiche Wahlkreise übergesprungen war, die Wirksamkeit dieser Aktion. In den sechs Monaten zwischen dem Godesberger Parteitag und der Bundestagswahl entstanden 72 lokale und regionale Wählerinitiativen, die sich in 95 Wahlkreisen für die SPD einsetzten. Die CDU/CSU begab sich in eine heftige Auseinandersetzung mit diesen Gruppen. Es zeigte sich aber, daß gerade dort, wo die Wählerinitiativen besonders heftigen Attacken ausgesetzt waren, eine Solidarisierung der Bevölkerung mit ihren Intentionen registriert werden konnte. Die Zusammenarbeit einer Gruppe von Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern mit angesehenen Bürgern der einzelnen Gebiete hat im Bundestagswahlkampf der Sozialdemokratischen Partei einen sehr ernst zu nehmenden Beitrag leisten können.

## Die politische Auseinandersetzung

Bereits in der Vorwahlzeit zeigte sich, daß die Befürchtungen, die beiden Hauptgegner des Bundestagswahlkampfes könnten nach zwei-

jähriger Zusammenarbeit mit nahezu deckungsgleichen Vorstellungen in die Wahlauseinandersetzung gehen, gegenstandslos waren. Die schon vorher erkennbaren Unterschiede in Programmatik und politischer Arbeitsweise wurden im Verlauf des Wahlkampfes immer deutlicher. Sie zeigten sich in der Einstellung der beiden großen Parteien zum politischen Arbeitsstil und zur politischen Verantwortung:

Auch im Wahljahr hielt es die SPD für notwendig, in Parlament und Bundesregierung alle jene Reformen voranzutreiben, die nach Überwindung der Krise möglich geworden waren (vgl. Bericht der Bundestagsfraktion). Nach Abschluß der Legislaturperiode gaben die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Bundesminister Rechenschaftsberichte über die von ihnen geleistete Arbeit ab.

Die CDU/CSU bemühte sich primär darum, die sozialdemokratischen Gesetzesinitiativen zur Mitbestimmung, zum Bildungsurlaub, zur Aufhebung der Preisbindung und zur Städtebauförderung zu blockieren. Die Lohnfortzahlung für erkrankte Arbeiter wurde fast bis zur letzten Minute von CDU und CSU verzögert. Einen Rechenschaftsbericht lehnte der damalige Bundeskanzler Kiesinger ausdrücklich ab.

### **Unterschiede der Konzeption**

Die Unterschiede zeigten sich auch in der Wahlkampfkonzeption der beiden Gegner. Die SPD ging bewußt offensiv in den Wahlkampf und konzentrierte sich in erster Linie auf drei Punkte: Sie verwies auf die Krise des Jahres 1966, die die Regierung Erhard/Mende zum Rücktritt gezwungen hatte, gab einen Leistungsbericht ihrer Arbeit in Fraktion und Bundesregierung und nannte ihre politischen Zielvorstellungen für die nächsten Jahre. Sie argumentierte politisch-sachlich und bemühte sich um einen fairen Wahlkampf. Die Sozialdemokraten gingen von der Voraussetzung aus, daß auch in einer Wahlauseinandersetzung trotz des besonderen psychologischen Drucks, dem alle Politiker ausgesetzt sind, die demokratischen Spielregeln nicht verletzt werden dürfen, wenn ein Rückgang des demokratischen Bewußtseins in der Bundesrepublik vermieden werden soll.

Der Wahlkampf der CDU/CSU bestand demgegenüber weitgehend aus Re-Aktionen auf die Aktionen der SPD. Besonders kennzeichnend dafür waren die Bemühungen der Unionsparteien, die am 13. Dezember 1966 von Kurt Georg Kiesinger selbst in der Regierungserklärung zugestandene Wirtschaftskrise zu verniedlichen. Die zahlreichen Versuche, die Verantwortung für den Verlust Hunderttausender von Arbeitsplätzen und eine gefährliche wirtschaftliche Rezession abzuwälzen, führten zu grotesken Äußerungen. So fiel in einer Rede des früheren CDU-Wirtschaftsministers Schmücker die zynische Bemerkung, die Rezession von 1966 sei „gewollt“ worden. Man habe den „Aufwand beschneiden“ müssen. Franz Josef Strauß sprach in diesem Zusammenhang von der „Gnade der Stunde der Angst“, der CDU-Wirtschaftsexperte Prof. Burgbacher von einem „normalen Abschwung“.

Auf Diffamierungen verzichtete die CDU/CSU im Gegensatz zur SPD ebenfalls nicht. So warf der von Franz Josef Strauß verantwortete „Bayern-Kurier“ dem Bundesaußenminister vor, er betreibe Nachbarschaftshilfe für Moskau und liefere der Sowjetpresse die Stichworte für einen Propagandakrieg gegen die Bundesrepublik. In Wirklichkeit



*Prof. Dr. Karl Schiller auf einer Zeche im Ruhrgebiet*

hatte sich Willy Brandt gegen einen neuen Nationalismus gewandt, der das Ansehen der Bundesrepublik in Ost und West tatsächlich gefährdete.

Verleumderischen Polemiken war auch der gewählte Bundespräsident Dr. Heinemann ausgesetzt, nachdem ihm Franz Josef Strauß schon vorher durch das Wort „Machtergreifung“ mit den Usurpatoren des Dritten Reiches in Verbindung zu bringen versucht hatte. In der Endphase des Bundestagswahlkampfes schließlich griff der Wahlkampfgegner in die Mottenkiste früherer CDU/CSU-Wahlkämpfe und behauptete in Zeitungsanzeigen, die SPD wolle das Privateigentum sozialisieren. Im Wahlauftritt der CDU hieß es: „Das deutsche Volk muß vor den Wahlen erfahren, wie die sozialistische Ordnung im Innern aussehen soll, die unter der harmlosen Forderung nach Demokratisierung propagiert wird.“ Je stärker die Defensivposition der Unionspartner erkennbar wurde, desto häufiger überschritt die CDU/CSU die Grenzen politischer und persönlicher Fairneß.

Die konzeptionellen Unterschiede werden auch belegt durch die Slogans der konkurrierenden Parteien. Den „richtigen Männern“ der SPD stellte die CDU/CSU den Kanzler entgegen („Auf den Kanzler kommt es an!“). Sie versuchte den Wählern zu suggerieren, daß es in einer demokratischen Gesellschaft nicht auf ein Team, sondern auf einen einzigen Mann ankomme.

#### **Demokratieverständnis**

Eng mit dieser Haltung gekoppelt scheint die völlig unterschiedliche Auffassung beider Wahlkampfgegner von Demokratie. Dieses Thema spielte im Bundestagswahlkampf 1969 eine besondere Rolle. Für die CDU, so erklärte ihr Generalsekretär Dr. Heck, sei Demokratie lediglich eine Form der politischen Herrschaft im Staat. Eine Demokratisierung der Gesellschaft sei widersinnig. Willy Brandt wies demgegenüber darauf hin, daß die SPD den Auftrag des Grundgesetzes, Staat und Gesellschaft demokratisch zu gestalten, erfüllen werde. Demokratie sei für die Sozialdemokraten ein „Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen muß“.

Ein ebenso wichtiges Thema war das Verhältnis der demokratischen Parteien zur NPD. Die CDU erklärte zwar, daß sie den Einzug der NPD in den Bundestag verhindern wolle, hatte sich aber am 5. März 1969 in Berlin nicht dagegen gewehrt, daß die NPD-Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme für den CDU-Präsidentschaftskandidaten Dr. Gerhard Schröder abgaben. Dadurch geriet die Einstellung der CDU gegenüber der rechtsradikalen NPD ins Zwielficht.

#### **Politische Sachfragen**

Deutlich sichtbar wurden die unterschiedlichen Auffassungen auch im Bereich der Außenpolitik. Die Friedens- und Ostpolitik des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt stimmte eindeutig mit der am 13. Dezember 1966 von Kurt Georg Kiesinger verlesenen Regierungserklärung überein. Knapp drei Jahre später bemühten sich Kiesinger und Strauß, die von ihnen mitgetragene Friedenspolitik der Bundesregierung als illusionistisch abzuwerten und Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu diffamieren, weil sie einer Einladung nach Moskau gefolgt waren. Dieser Angriff war nicht nur politisch verantwortungslos, weil er die notwendige Normalisierung der Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks verzögern sollte, sondern auch wahltaktisch

# Aufruf zur Wahl

## Wir schaffen das moderne Deutschland

Nur ein modernes Deutschland wird seinen Platz in der Welt von morgen behaupten können. Wir werden es schaffen.

Dafür haben wir Sozialdemokraten das klare politische Konzept. Dafür sind wir bereit, Verantwortung zu tragen. Dafür haben wir die Energie. Dafür haben wir die richtigen Männer und Frauen.

Sozialdemokratische Politik hat die Krise von 1966 überwunden. Heute – 1969 – stehen wir auf solidem Boden. Die Arbeitsplätze sind gesichert. Die Einkommen steigen. Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.

Sozialdemokratische Initiativen haben gegen den Widerstand von Ewig-Gestrigen längst fällige Reformen eingeleitet und durchgesetzt.

Sozialdemokratische Außenpolitik hat das deutsche Ansehen in der Welt gestärkt.

Die Politik des Friedens, des Wachstums, der Stabilität, der Reformen und damit der Sicherheit muß in den nächsten vier Jahren unter sozialdemokratischer Führung fortgesetzt werden. Darum kämpfen wir.

## Am 28. September entscheiden die Wähler,

1. ob unsere Wirtschaft gesund bleibt und weiter wächst, Arbeitsplätze und Renten sicher sind, ob unsere D-Mark hart und die Preise stabil bleiben,
2. ob wir die notwendigen Reformen rasch genug durchführen werden: in der Wirtschaft, für Wissenschaft und Forschung, für die Volksgesundheit, im Verkehrswesen und Städtebau,
3. ob wir vor allem unserer Jugend bessere, ausreichende Möglichkeiten der Bildung und Ausbildung schaffen,
4. ob wir für mehr Gerechtigkeit und Demokratie sorgen können, vor allem durch Steuerreform, Sozialgesetzgebung, Vermögensbildung und Mitbestimmung,
5. ob wir durch solche demokratische Reformen eine Ordnung schaffen können, die gegen politischen Extremismus von rechts und links immun ist,
6. ob wir unsere Bemühungen fortführen können, zu einem geregelten Miteinander durch Verhandlungen mit der DDR zu kommen, damit unser gespaltenes Volk seinen Frieden mit sich selbst findet,
7. ob wir die deutsche Friedenspolitik beharrlich weiterverfolgen können. Sie allein entspricht unseren nationalen Interessen.

**Wir schaffen ein Deutschland, das unserem Volk ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert.**

**Darum am 28. September: Vertrauen zur SPD**

ungeschickt, weil mehr als zwei Drittel der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt direkte Gespräche mit der Sowjetunion für richtig und notwendig hielten.

### **Streitfrage Währungs- politik**

Die für den Ausgang der Bundestagswahl vermutlich entscheidende Auseinandersetzung entwickelte sich auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Nach der von ihr verursachten innenpolitischen Krise 1966 und dem von Professor Schiller erreichten wirtschaftlichen Aufschwung war der CDU/CSU klar, daß sie in die Defensive gedrängt war. Es gelang ihr nicht, eine glaubwürdige und zugkräftige personelle Alternative zu Professor Schiller aufzubauen. So entschied sie sich für den Angriff: Sie bemühte sich, eine Preishysterie zu entfachen, die wirtschaftspolitischen Leistungen und Fähigkeiten Schillers zu bestreiten und gleichzeitig die Vorschläge des Bundeswirtschaftsministers zur Konjunkturdämpfung zu blockieren.

Als Professor Schiller im März 1969 versuchte, eine Stabilisierung nach innen und außen durchzusetzen, fand er im Kabinett bei den CDU/CSU-Ministern kein Verständnis. Obwohl Franz Josef Strauß am 28. April 1969 die „Spekulation“ durch eine versteckte Ankündigung einer DM-Aufwertung „angeheizt“ hatte, lehnte am 9. Mai die CDU/CSU-Mehrheit im Bundeskabinett die von Schiller vorgeschlagene maßvolle Aufwertung ab. Das Ziel der CDU/CSU wurde deutlich erkennbar: Es ging ihr darum, die Stabilisierung der DM zu verhindern, um wenige Wochen vor der Wahl den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister in aller Öffentlichkeit bloßzustellen und seine große Popularität abzubauen.

Das wahltaktische, sachlich unverantwortliche Handeln der CDU/CSU schuf eine für die SPD nicht unproblematische Situation: Nur wenige Wähler waren vorerst von der Notwendigkeit einer Aufwertung überzeugt, viele sahen darin fälschlich eine Wertminderung der D-Mark.

Die sich bei diesem komplizierten Thema ergebende Schwierigkeit, wirtschaftliche Notwendigkeit und Wahlstrategie zur Deckung zu bringen, führte dazu, daß die sozialdemokratische Wahlkampfführung dieses später wichtigste Wahlkampfthema anfangs nur zögernd aufgriff. Neben dieser Sachentscheidung bot das Thema „Aufwertung“ auch wahlstrategisch eine gute Chance, durch den Konflikt mit der CDU/CSU alle jene SPD-Wähler, die eine Große Koalition abgelehnt hatten, erneut an die SPD zu binden, ohne die durch die Große Koalition neu geschaffenen Bindungen an bisher nicht erreichbare Wählergruppen zu gefährden.

Im Verlauf des Sommers versuchte Schiller noch zweimal, Kurt Georg Kiesinger zu einer Entscheidung für die Stabilisierung der DM zu bewegen: Ein Memorandum am 23. Juni und ein weiterer Vorstoß nach der Abwertung des französischen Francs am 9. August 1969 sollten den Kanzler endlich zum Handeln zwingen.

Die SPD blieb auch in der Offensive, als Kiesinger am Donnerstag vor der Wahl mit einer spektakulär-dramatischen Schließung der Devisenbörsen versuchte, der SPD den schwarzen Peter zuzuschieben und ihr vorzuwerfen, sie habe die Spekulanten ins Land gerufen.

Diese letzte Aktion mußte fehlschlagen, weil die intensive Öffentlichkeitsarbeit der SPD und die sachliche Information in Presse und Fernsehen dem größten Teil der Bevölkerung klargemacht hatten, daß die Handlungsunfähigkeit der CDU und ihres Kanzlers die Spekulation genährt und die Preissteigerungen begünstigt hatte.

### **Endphase der Auseinandersetzung**

Nicht zuletzt die fragwürdige wirtschaftspolitische Konzeption der CDU/CSU veranlaßte K. G. Kiesinger in der Endphase des Wahlkampfes zu dem Versuch, die sachliche Auseinandersetzung durch sein bereits im Verlauf des Wahlkampfes abbröckelndes Charisma zu ersetzen und auf dem Wahlkongreß der CDU die Themen Aufwertung und Preisstabilität „vom Tisch“ zu wischen, weil sie „des deutschen Volkes nicht würdig“ seien. Damit bestätigte der Bundeskanzler ungewollt den Vorwurf der SPD, Kiesingers Richtlinienkompetenz habe sich in den letzten Monaten vor der Wahl nur noch im Ausklammern brennender Probleme und im Hinausschieben notwendiger Entscheidungen erschöpft.

Chancen für einen Meinungsumschwung zu ihren Gunsten sah die CDU/CSU während der letzten Tage des Wahlkampfes in den spontanen Arbeitsniederlegungen in Industrie und öffentlichem Dienst, die sie der SPD anzulasten versuchte, obwohl diese Streiks zustande gekommen waren, weil die CDU/CSU Schillers Stabilitätsprogramm blockiert hatte. Darüber hinaus war die CDU/CSU bemüht, ein Gespräch mit der ÖTV und damit eine Beilegung der Streiks vor dem Wahltermin zu verhindern, um die Besorgnis weiter Teile der Bevölkerung in Wählerstimmen umsetzen zu können. Ein von der SPD bewirkter Kabinettsbeschluß, der zu raschen und erfolgreichen Tarifverhandlungen führte, machte diese Versuche zunichte.

Obwohl eine Zusammenschau der politischen Auseinandersetzungen deutlich macht, wie sehr die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1969 gegenüber einer konsequent operierenden SPD unsicher geworden war, zeigt das Wahlergebnis, daß einer Partei, die über 20 Jahre den Kanzler stellt, selbst bei eklatanten konzeptionellen Fehlern nur mit sehr großer Mühe und Schritt um Schritt beizukommen ist.

## **Das Ergebnis**

Am 28. September 1969 erzielte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das bisher beste Ergebnis ihrer Geschichte. Für sie votierten 14 065 716 Wähler. Ihr Stimmenanteil betrug 42,7 Prozent. Bei den Erststimmen gewann sie sogar 14 402 374 Stimmen und einen Stimmenanteil von 44,0 Prozent. Von den 518 Abgeordneten des Deutschen Bundestages stellt die SPD 237 – 20 Abgeordnete mehr als nach der Bundestagswahl 1965. Außerdem hat die SPD bei dieser Bundestagswahl mit 127 Direktmandaten mehr Wahlkreise direkt errungen als die CDU (87) und die CSU (34) zusammen. Damit hat sie gegenüber 1965 33 Direktmandate hinzugewonnen. Verbessert hat sich der Stimmenanteil der SPD in 234 der 248 Wahlkreise (vgl. Tabelle und Schaubilder im Anhang).

## Wertung des Ergebnisses

Die SPD erhielt 1969 rund 1 260 000 Stimmen mehr als vier Jahre zuvor. Diese Zahl hat deshalb Gewicht, weil insgesamt nur rund 130 000 Stimmen mehr abgegeben wurden als 1965. Es haben also „echte“ Wählerwanderungen stattgefunden. Die Bewegungen, die hinter dem rein zahlenmäßigen Ergebnis stehen, sind größer als die Zahlen selbst.

Auch bei der Bundestagswahl 1969 waren ähnlich wie schon in den Jahren zuvor landespolitische und regionale Einflüsse deutlich sichtbar. Die SPD gewann in einigen Bundesländern überdurchschnittlich. Die Verluste von CDU/CSU und FDP wiederum haben regionale Schwerpunkte. In drei Bundesländern ragen die sozialdemokratischen Zuwachsraten heraus: in Hamburg mit + 6,4 Punkten Zunahme, in Schleswig-Holstein mit + 4,8 und in Nordrhein-Westfalen mit + 4,3 Punkten mehr als 1965. In allen drei Ländern gingen die Stimmenanteile der CDU überdurchschnittlich zurück. Anders gesagt: in diesen drei Ländern im Norden und Westen der Bundesrepublik wird besonders deutlich, daß die Sozialdemokratische Partei bei der letzten Wahl der CDU Wähler weggenommen hat. Während diese Entwicklung in Nordrhein-Westfalen fast schon Tradition ist, denn auch bei den Landtagswahlen 1962 und 1966 wie schon bei der Bundestagswahl von 1965 gingen in diesem Land CDU-Einbußen mit SPD-Gewinnen einher, sind die Stimmenbewegungen in Schleswig-Holstein und Hamburg ein Novum der letzten Bundestagswahl. In diesen beiden nördlichen Bundesländern sind die Stimmengewinne der SPD am überzeugendsten. Die CDU war jeweils der deutliche Verlierer.

Wenn die Einbußen der Christdemokraten andernorts nicht so deutlich in Erscheinung traten, so vor allem deshalb, weil sich die Union an den starken Einbußen der FDP schadlos halten konnte. Diese Bewegung wird vor allem in Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg erkennbar. Bei geringfügigen Einbußen der CDU (- 0,6 Punkte) und leichten CDU-Stimmengewinnen in Hessen und Baden-Württemberg (+ 0,6 bzw. + 0,8 Prozentpunkte) verlor die FDP in allen drei Bundesländern mit einem Minus von mehr als 5 Punkten überdurchschnittlich viele Wähler. Die SPD hat offensichtlich von den FDP-Verlusten nur wenig profitiert, denn in allen drei untersuchten Bundesländern bewegten sich die SPD-Zunahmen im Rahmen des Bundesdurchschnittes oder lagen wie in Hessen sogar noch darunter. Vergrößert läßt sich die Wählerwanderung vom 28. September 1969 auf die Formel bringen: die SPD holte vor allem ihre neuen Stimmen aus den Lagern der CDU, die CDU hielt sich wiederum weitgehend schadlos bei der FDP. Die FDP selbst konnte ihre Einbußen nicht mehr wettmachen.

### Die Wählerwanderung

Verdeutlich wird die Wählerwanderung von der CDU zur SPD und von der FDP zur CDU auch noch einmal, wenn man nicht nur die Bundesländer betrachtet, sondern auch verschiedene Wahlkreise, die räumlich und strukturell zusammengehören, das heißt regionale Einheiten bilden. Extreme SPD-Gewinne und extreme CDU-Verluste spielten sich vor allem in folgenden Regionen, die ausschließlich in Nordrhein-Westfalen liegen, ab: im Raum Köln/Bonn, im Münsterland, im Sauer- und Siegerland, im Rhein-Wupper-Gebiet und am linken

Niederrhein. Besonders deutlich ist der Wählerstrom von der CDU zur SPD an Wahlkreisen in und um Köln zu belegen. Dort gewann die SPD im Schnitt 10 Prozentpunkte mehr Stimmen als 1965, die CDU dagegen hatte Verluste um rund 9 Punkte.

Auch die Wanderwege von der FDP zur CDU lassen sich ähnlich lokalisieren, obwohl es hier zumindest drei „Schlachtfelder“ gab. So stehen im Raume Nord- und Mittelhessen, in der Region Stuttgart/Heilbronn und in Südwürttemberg/Hohenzollern starke FDP-Einbußen merklichen Verbesserungen der CDU gegenüber. Auch in Ostfriesland und im nördlichen Niedersachsen erbte die CDU offensichtlich einen Teil der FDP-Abkehrer.

Die regionalen Sonderentwicklungen sind 1969 stärker in Erscheinung getreten als bei früheren Abstimmungen. Hier sind mehrere Elemente erkennbar: Die unterschiedlichen Wahlkampfanstrengungen der Parteien, die Politik der Landesregierung, die politische Tradition eines Landstriches sowie die soziale und konfessionelle Struktur. Eine Analyse, die die Stimmabgabe und die Sozialstruktur der einzelnen Gebiete in Beziehung setzt, ergibt:

Die CDU hat zwischen 1965 und 1969 vor allem in den katholischen Gebieten Wähler verloren. Ihr Stimmenanteil sank hier um durchschnittlich 2,5 Prozentpunkte; in den überwiegend evangelischen Landstrichen dagegen ging der CDU-Pegel nur um 0,5 Punkte zurück. Aus dieser Bewegung darf allerdings nicht der Schluß gezogen werden, daß die Protestanten stärker als die Katholiken der CDU/CSU die Treue gehalten hätten, vielmehr dürften die geringeren CDU-Einbußen durch entsprechende Zugewinne ehemaliger FDP-Wähler kompensiert worden sein.

Berücksichtigt man neben der Konfessionsstruktur auch die in den jeweiligen Wahlkreisen dominierende Wirtschaftsstruktur, so zeigt sich, daß die CDU-Verluste in den Industriegebieten mit hohem Katholikenanteil besonders stark waren (– 3,4 Punkten), in Industrielandschaften evangelischer Prägung dagegen nur – 0,3 Punkte betragen. Auch in den Handel- und Dienstleistungszentren waren bei einem hohen Katholikenanteil die CDU-Rückschläge merklich größer als in wirtschaftlich ähnlich strukturierten Gebieten protestantischer Konfession.

## **Wählerstrukturen**

Die Analyse des SPD-Zuwachses im Bundesgebiet zeigt demgemäß, daß die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung einen geringeren Einfluß auf die SPD-Stimmenentwicklung gehabt hat als die sozialökonomische Struktur. So nahm die SPD vor allem in den Dienstleistungszentren zu, waren sie nun katholisch oder evangelisch geprägt. Hier machte die Zuwachsrate gegenüber 1965 rund 5 Prozentpunkte aus. Mit sinkendem Dienstleistungsanteil und damit steigendem Arbeiteranteil in der Bevölkerung reduzierten sich auch die SPD-Gewinne, machten aber immerhin noch 2,5–3 Prozentpunkte aus. Diese geringeren Zuwachsraten sind aber angesichts der Entwicklung in den Jahren 1967 und 1968, die der SPD – beispielsweise in Bremen und Baden-Württemberg – gerade in den Arbeitergebieten Verluste brachten, bedeutsam genug. Den Sozialdemokraten scheint es bei dieser Bundestagswahl gelungen zu sein, ihre traditionellen Wählerschichten, die Arbeiterschaft, wieder stärker an die Partei zu binden

und ein Abwandern nach links oder rechts außen zu verhindern. Es verdient Beachtung, daß die ADF als linksextreme Gruppe in den Wahlkreisen mit einem hohen Arbeiteranteil kaum mehr Wähler gewinnen konnte (0,7 Prozent) als in den Gebieten mit niedrigerem Arbeiteranteil (0,5 Prozent).

Im Bereich der sogenannten Mittelschichten hat die SPD dagegen am 28. September 1969 Neuland erobert. Die Tendenz in dieser Wählergruppe wird in ihrer Bedeutung erst bei der Analyse der langfristigen Zunahmen voll erkennbar. In den 16 Jahren von 1953-1969 hat die SPD ihren Wähleranteil um rund die Hälfte gesteigert, sie bewegte sich von 28,8 auf 42,7 Prozent. In fast allen konfessionellen und wirtschaftlichen Strukturtypen ist diese Zuwachsrate von 14 Prozentpunkten ähnlich. Lediglich zwei Wahlkreistypen weichen von dieser Entwicklung ab. In den katholisch-ländlichen Wahlkreisen betrug der sozialdemokratische Zugewinn innerhalb von 16 Jahren nur 11 Prozentpunkte. In den Gebieten mit hohem Anteil an Handel, Dienstleistung und Verwaltung – also im wesentlichen städtischen Gebieten – betrug er in den letzten 16 Jahren rund 17 Prozentpunkte. Die katholisch-ländlichen Gebiete hinken also um 3 Punkte hinter dem allgemeinen Trend her, die städtischen Dienstleistungszentren eilen ihm um 3 Punkte voraus.

#### **Analyse des Zuwachses der SPD**

Auf einen Nenner gebracht: Die SPD hat bei der jüngsten Bundestagswahl praktisch überall zugenommen – von wenigen niederbayerischen Wahlkreisen abgesehen –, sie hat in keiner soziologischen Gruppe Wähler abgeben müssen. Ihre traditionelle Wählerbasis konnte sie konsolidieren, sie sprach aber auch ganz neue Schichten an.

Die Wertung des Wahlergebnisses läßt sich verdichten, wenn man die Befunde von Umfrageergebnissen heranzieht, die vor den Bundestagswahlen 1965 und 1969 erarbeitet wurden. Wird die Wählerschaft in vier große Gruppen – in den sogenannten Arbeiterbereich, den Zwischenbereich, den bürgerlichen Bereich und den katholischen Bereich \*) – unterteilt, so ergibt sich, daß sich die Partei-Sympathien in den beiden großen Kerngruppen, die die Basis der Volksparteien CDU und SPD bilden, kaum verändert haben. Im Arbeiterbereich, der 30 Prozent der bundesdeutschen Wählerschaft ausmacht, sprachen

\*) Die Benennungen der Bereiche kennzeichnen die optimale Kombinationen der Faktoren, die das Wahlverhalten bestimmen. Den Bereichen werden zugerechnet:

**Arbeiterbereich:** Die gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter und nicht organisierten Arbeiter, die sich in ihrer Selbsteinschätzung als Arbeiter sehen, ohne katholisch-kirchliche Bindung.

**Katholischer Bereich:** Praktizierende Katholiken ohne gewerkschaftliche Bindung.

**Bürgerlicher Bereich:** Gewerbliche und landwirtschaftliche Selbständige sowie Angestellte und Beamte aus mittelständischen Familien ohne gewerkschaftliche und kirchliche-katholische Bindung.

**Zwischenbereich:** Arbeiter ohne gewerkschaftliche Bindung, die sich in ihrem Selbstverständnis dem Mittelstand zurechnen; aus der Arbeiterschaft ausgeschiedene Angestellte; Angestellte und Beamte, die gewerkschaftlich gebunden sind; gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die gleichzeitig praktizierende Katholiken sind.

sich 1965 wie auch 1969 jeweils 60 Prozent für die SPD aus, während im traditionellen katholischen Bereich, der rund 25 Prozent der Wählerschaft umfaßt, 1965 wie auch 1969 jeweils 70 Prozent für die CDU/CSU votierten. In diesen beiden Gruppen diente der Wahlkampf offenbar primär dazu, vorhandene Loyalitäten neu zu mobilisieren und bestehende Bindungen zu festigen.

Demgegenüber spielte sich der eigentliche Wahlkampf – gekennzeichnet durch Wählerbewegungen – in den verbleibenden Gruppen der Wählerschaft ab:

Im bürgerlichen Bereich stiegen die Sympathien für die SPD von 23 Prozent 1965 auf 31 Prozent 1969. Bei weiterer Differenzierung stellt sich heraus, daß hauptsächlich die Angestellten- und Beamtenfamilien, nicht aber die Selbständigen für diesen starken Zustrom zur SPD sorgten.

---

### Parteipräferenzen in den Wählergruppen

---

	Anteil an der Gesamt- bevölkerung		SPD	CDU/CSU
Arbeiterbereich	30 %	1965	60 %	25 %
		1969	60 %	26 %
Zwischenbereich	24 %	1965	38 %	43 %
		1969	47 %	31 %
Bürgerlicher Bereich	21 %	1965	22 %	45 %
		1969	31 %	42 %
Katholischer Bereich	25 %	1965	13 %	70 %
		1969	16 %	70 %
	100 %			

---

Quelle: infas-Repräsentativuntersuchungen, Bundesgebiet, jeweils vor der Bundestagswahl 1965 und 1969, Random-Auswahl.

---

## Zu- und Abnahmerraten der Parteien in den Altersgruppen der Wähler\*)

	Männer					Frauen				
	21-29	30-44	45-59	60 u. mehr	insg.	21-29	30-44	45-59	60 u. mehr	insg.
<b>Baden-Württemberg</b>										
SPD	+ 6,3	+ 2,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 8,6	+ 3,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,8
CDU	- 5,2	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,2	± 0	- 4,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,8
FDP	- 2,5	- 5,4	- 6,7	- 6,8	- 5,5	- 4,2	- 6,1	- 6,3	- 6,1	- 5,9
<b>Hessen</b>										
SPD	+ 5,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,7	+ 7,9	+ 5,5	+ 2,4	+ 3,7	+ 4,4
CDU	- 6,5	- 0,1	+ 0,6	+ 1,8	- 0,7	- 4,3	- 0,1	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,3
FDP	- 1,7	- 4,9	- 6,9	- 6,9	- 5,3	- 4,2	- 6,1	- 6,5	- 6,0	- 5,9
<b>Rheinland-Pfalz</b>										
SPD	+ 5,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 4,1	+ 2,7	+ 7,9	+ 4,2	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,9
CDU	- 5,6	- 1,0	- 1,1	- 2,3	- 2,1	- 5,9	- 1,3	- 2,6	- 1,2	- 2,2
FDP	- 2,1	- 3,9	- 4,9	- 5,4	- 4,1	- 2,4	- 4,0	- 4,4	- 4,3	- 4,0
<b>Bremen</b>										
SPD	+ 5,1	+ 1,5	- 0,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 5,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 5,3	+ 3,6
CDU	- 9,4	- 2,9	+ 0,9	+ 3,9	- 1,3	- 6,5	- 0,7	+ 0,8	+ 1,2	- 0,4
FDP	+ 3,3	- 0,4	- 2,7	- 5,1	- 1,5	+ 1,1	- 2,0	- 3,3	- 5,9	- 2,9
<b>Hamburg</b>										
SPD	+ 10,5	+ 5,5	+ 4,6	+ 6,3	+ 6,3	+ 13,0	+ 9,9	+ 7,6	+ 10,5	+ 9,9
CDU	- 10,5	- 4,0	- 3,1	- 2,4	- 4,6	- 9,9	- 4,8	- 3,3	- 4,9	- 5,0
FDP	- 0,2	- 1,5	- 4,3	- 5,1	- 3,1	- 1,6	- 4,5	- 4,5	- 4,9	- 4,3

\*) Zu- und Abnahmerraten sind in Prozentpunkten dargestellt. Verglichen werden die Parteienanteile 1965 und 1969. Quelle: Statistische Landesämter.

Wahl-Flugblatt

Lesen, Weitersagen, Weitergeben!

# Es kann und darf Ihnen nicht egal sein...

wer in den nächsten vier Jahren in unserem Land die politische Verantwortung trägt: aufgeschlossene, moderne Männer voller Tatkraft und vernünftiger Ideen — oder die Rückständigen und Ewiggestrigen.

**Es kann und darf Ihnen nicht egal sein...**

ob Sie einen sicheren Arbeitsplatz und ein gutes Einkommen haben — oder ob unsere Wirtschaft wieder gewollt oder ungewollt in eine schwere Krise geführt wird.

**Es kann und darf Ihnen nicht egal sein...**

ob soziale Gerechtigkeit in unserem Land herrscht. Ob Arbeitnehmer in ihren Betrieben mitbestimmen und alle am Vermögenszuwachs beteiligt sind.

**Es kann und darf Ihnen nicht egal sein...**

ob endlich die Reformen und Verbesserungen kommen, die seit 20 Jahren auf so vielen Gebieten versäumt wurden: In unseren Schulen und Krankenhäusern. In der Landwirtschaft. In der Justiz. In der Verwaltung. Und bei den Steuern.

**Es kann und darf Ihnen nicht egal sein...**

ob wir in Wissenschaft und Technik Schritt halten mit der Entwicklung in der Welt — oder als führende Industrienation unseren Rang verlieren.

**Es kann und darf Ihnen nicht egal sein...**

ob unser Ansehen in der Welt weiter steigt. Ob wir gutnachbarliche Beziehungen haben zu allen Völkern in West und Ost und unser Volk in Frieden und Freiheit leben kann.

# Darum...

# ...wählen Sie.

**Auf jede einzelne  
Stimme kommt es an.**

**Denn nur ein modernes Deutschland kann seinen Platz  
in der Welt von morgen behaupten.  
Wir Sozialdemokraten werden es schaffen.**

Wir schaffen ein Deutschland, in dem unsere Wirtschaft gesund bleibt und weiter wächst. In dem Arbeitsplätze und Renten sicher sind. In dem unsere D-Mark hart und die Preise stabil bleiben.

Wir schaffen ein Deutschland, in dem die notwendigen Reformen schnell und zügig durchgeführt werden: in der Wirtschaft, in Wissenschaft und Forschung, im Gesundheitswesen, im Verkehrswesen und Städtebau.

Wir schaffen ein Deutschland, in dem vor allem unsere Jugend mehr und bessere Möglichkeiten der Bildung und Ausbildung erhält.

Wir schaffen ein Deutschland mit mehr Gerechtigkeit und Demokratie. Und zwar durch die Steuerreform und eine neue Sozialgesetzgebung. Durch

Vermögensbildung und Mitbestimmung.

Wir schaffen ein Deutschland, in dem durch solche demokratischen Reformen eine Ordnung herrscht, die gegen politischen Extremismus von rechts und links immun ist.

Wir schaffen ein Deutschland, das seine Bemühungen fortsetzt, durch Verhandlungen zu einem geregelten Miteinander mit der DDR zu kommen. Damit unser gespaltenes Volk seinen Frieden mit sich selbst findet.

Wir schaffen ein Deutschland, das seine Friedenspolitik beharrlich weiterverfolgt. Sie allein entspricht unseren nationalen Interessen.

Wir schaffen ein Deutschland, das unserem Volk ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert.

Wenn Sie auf der Grundlage  
der parlamentarischen Demokratie dieses  
moderne Deutschland wollen,  
dann wählen Sie am 28. September die SPD.

**Wir schaffen das  
moderne Deutschland.**

# SPD

**Wir haben die richtigen Männer.**



# Regierungsprogramm

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
1969

# SPD

Erfolg, Stabilität, Reformen

**Wir schaffen das  
moderne  
Deutschland.**

**SPD**

**Soll und Haben**

Bilanz sozialdemokratischer Bundespolitik  
in Regierung und Parlament von 1966 bis 1969



Leistungsbilanz

Auch in dem sogenannten Zwischenbereich konnte eine noch stärkere Bewegung zur SPD registriert werden. Hier stiegen die Sympathien für die SPD von 38 Prozent 1965 auf 47 Prozent 1969. Die Präferenzen für die CDU sanken von 43 Prozent 1965 auf 31 Prozent 1969 (vgl. Tabelle Seite 63).

### **Stimmen- gewinne bei der Jugend**

Von Bedeutung für die Wahlentscheidung war auch – das stimmt mit den SPD-Erfolgen im Dienstleistungsbereich überein – das Alter der Wähler. Die Auswertung der ersten fünf von statistischen Landesämtern vorgelegten repräsentativen Wahlstatistiken ergeben, daß die SPD sich in der Gruppe der 21-29jährigen Männer durchschnittlich um mehr als 5 Prozentpunkte gegenüber 1965 verbessern konnte. Bei Frauen ist die Zuwachsrate in der gleichen Altersgruppe sogar noch höher. Dem entspricht eine ähnlich intensive Abkehr von der CDU bei der gleichen Altersgruppe. Mit zunehmendem Lebensalter ging der Zustrom zur SPD dagegen zurück. Er lag deutlich unter den hohen Zuwachsraten der 21-29jährigen Männer und Frauen.

Auch für die FDP fielen die Abnahmeraten mit zunehmendem Lebensalter immer höher aus. Die CDU konnte in den meisten untersuchten Bundesländern bei den über 45jährigen und vor allem bei den über 60jährigen Männern und Frauen einen Zugewinn verzeichnen, der mit der überdurchschnittlich starken Abnahme der FDP bei diesen Jahrgängen korreliert (vgl. Tabelle Seite 64).

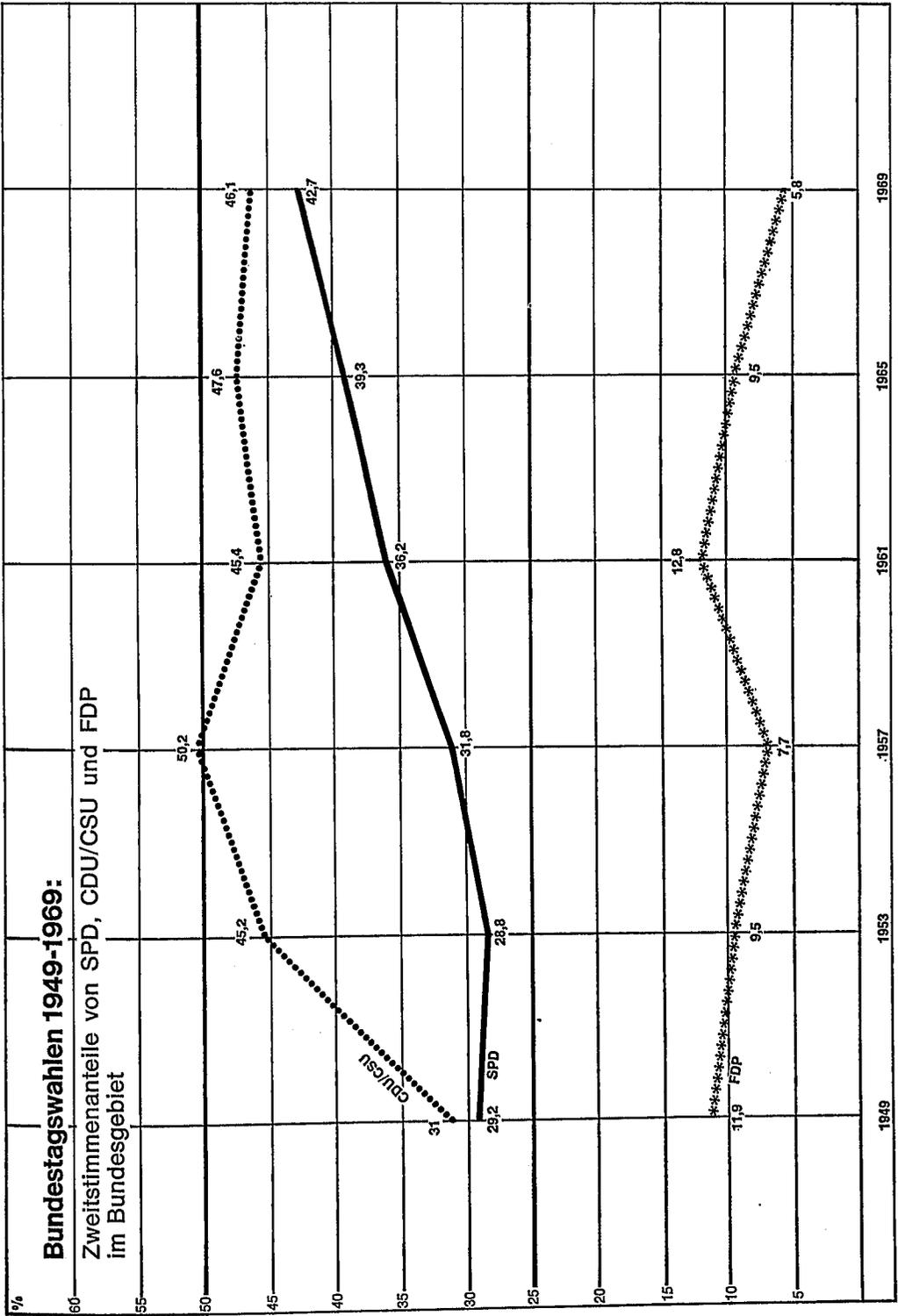
Der Eintritt in die Regierungsverantwortung, ihre politischen Erfolge und die Konzeption des Bundestagswahlkampfes haben der SPD die wichtigsten Zugewinne in der Gruppe der Angestellten und Beamten sowie ihrer Familienangehörigen in Verwaltung, Handel, Banken und Versicherungen gebracht. Hier waren die wesentlichen Einbrüche besonders bei den jüngeren Gruppen der Wählerschaft zu erzielen. Diese Tendenz ist aus zwei Gründen besonders wichtig:

1. Der Dienstleistungssektor unserer Wirtschaft wird in den siebziger Jahren noch an Bedeutung und Volumen gewinnen, so daß für die SPD hier die Möglichkeit besteht, ihre Position auszubauen.
2. Der Trend, der sich in der jüngeren Generation für die SPD abzeichnet, wird durch die Herabsetzung des Wahlalters noch vergrößert werden, wenn es gelingt, die Sympathie dieser Gruppen für die SPD zu halten und zu verstärken.

# Anhang

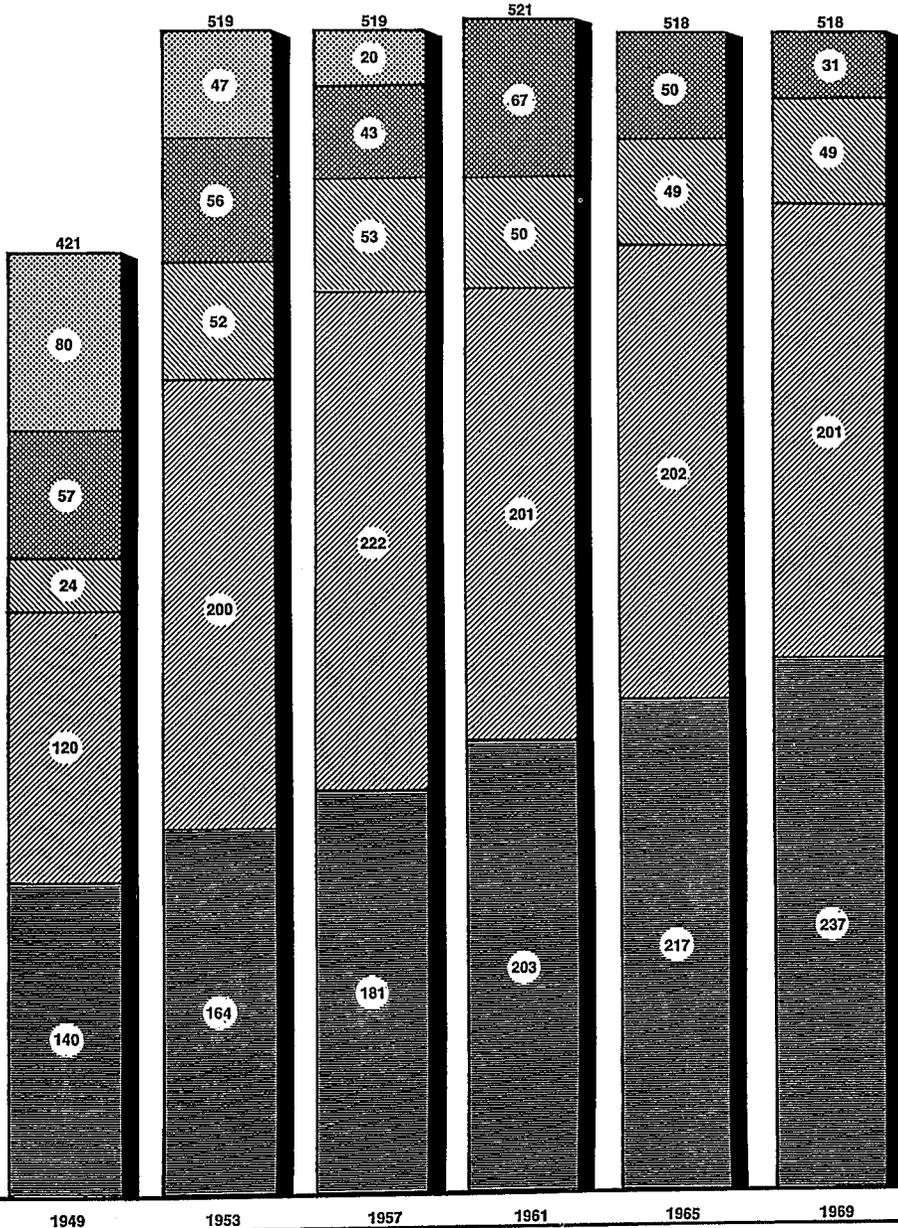
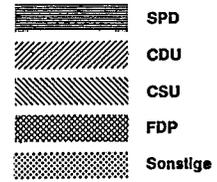
# Bundestagswahlen 1949-1969:

Zweitstimmenanteile von SPD, CDU/CSU und FDP im Bundesgebiet



# Sitzverteilung im Bundestag

1949-1969



# Wahlberechtigte, Wähler und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965 nach Ländern

	Einheit	Wahl-jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin
Wahlberechtigte	Anzahl	1969	1 711 511	1 341 494	4 760 938	524 110	11 259 648	3 573 336	2 410 176	5 510 280	6 851 646	734 096	38 677 235
	Anzahl	1965	1 687 266	1 392 994	4 748 325	525 730	11 322 627	3 516 041	2 403 771	5 425 126	6 752 276	736 239	38 510 395
Wähler	Anzahl	1969	1 471 900	1 174 981	4 164 690	452 373	9 827 911	3 151 868	2 097 308	4 690 427	5 837 724	653 882	33 523 064
	Anzahl	1965	1 448 994	1 202 934	4 145 849	452 799	9 920 068	3 073 037	2 114 311	4 598 715	5 803 004	656 496	33 416 207
Wahlbeteiligung	%	1969	86,0	87,6	87,5	86,3	87,3	88,2	87,0	85,1	85,2	89,1	86,7
	%	1965	85,9	86,4	87,3	86,1	87,6	87,4	88,0	84,8	85,9	89,2	86,8
Ungültige Stimmen	Anzahl	1969	17 060	8 172	59 060	5 013	140 798	53 835	41 208	105 661	107 236	18 997	557 040
	Anzahl	1965	32 252	15 855	93 108	8 582	168 836	84 585	58 581	146 488	161 513	25 965	795 765
	%	1969	1,2	0,7	1,4	1,1	1,4	1,7	2,0	2,3	1,8	2,9	1,7
	%	1965	2,2	1,3	2,2	1,9	1,7	2,8	2,8	3,2	2,8	4,0	2,4
Gültige Stimmen	Anzahl	1969	1 454 840	1 166 809	4 105 630	447 360	9 687 113	3 098 033	2 056 100	4 584 766	5 730 488	634 885	32 966 024
	Anzahl	1965	1 416 742	1 187 079	4 052 741	444 217	9 751 232	2 988 452	2 055 730	4 452 227	5 641 491	630 531	32 620 442
davon für SPD	Anzahl	1969	633 537	637 051	1 797 376	232 779	4 534 471	1 492 916	825 379	1 675 702	1 983 020	253 485	14 065 716
	Anzahl	1965	549 901	572 859	1 614 540	215 487	4 149 910	1 366 010	754 175	1 470 040	1 869 467	250 797	12 813 186
	%	1969	43,5	54,6	43,8	52,0	46,8	48,2	40,1	36,5	34,6	39,9	42,7
	%	1965	38,8	48,3	39,8	48,5	42,6	45,7	36,7	33,0	33,1	39,8	39,3
CDU	Anzahl	1969	671 822	397 246	1 854 514	144 422	4 222 914	1 190 642	982 640	2 322 349	—	292 986	12 079 535
	Anzahl	1965	682 626	446 133	1 855 124	150 889	4 593 281	1 130 871	1 013 573	2 219 808	—	295 257	12 387 562
	%	1969	46,2	34,0	45,2	32,3	43,6	38,4	47,8	50,7	—	46,1	36,6
	%	1965	48,2	37,6	45,8	34,0	47,1	37,8	49,3	49,9	—	46,8	38,0
CSU	Anzahl	1969	—	—	—	—	—	—	—	—	3 115 652	—	3 115 652
	Anzahl	1965	—	—	—	—	—	—	—	—	3 136 506	—	3 136 506
	%	1969	—	—	—	—	—	—	—	—	54,4	—	9,5
	%	1965	—	—	—	—	—	—	—	—	55,6	—	9,6
FDP	Anzahl	1969	75 871	73 206	230 471	41 554	526 861	208 325	128 650	343 350	232 880	42 254	1 903 422
	Anzahl	1965	132 761	112 047	440 860	51 894	739 954	359 419	209 028	582 913	413 744	54 119	3 096 739
	%	1969	5,2	6,3	5,6	9,3	5,4	6,7	6,3	7,5	4,1	6,7	5,8
	%	1965	9,4	9,4	10,9	11,7	7,6	12,0	10,2	13,1	7,3	8,6	9,5
NPD	Anzahl	1969	62 912	40 814	188 272	19 723	295 972	158 705	107 780	207 900	303 828	36 104	1 422 010
	Anzahl	1965	34 064	20 938	102 470	12 118	110 299	74 081	51 237	97 787	149 975	11 224	664 193
	%	1969	4,3	3,5	4,6	4,4	3,1	5,1	5,2	4,5	5,3	5,7	4,3
	%	1965	2,4	1,8	2,5	2,7	1,1	2,5	2,5	2,2	2,7	1,8	2,0
ADF	Anzahl	1969	6 381	13 653	17 183	6 535	64 824	22 137	11 651	21 927	25 431	7 609	197 331
	%	1969	0,4	1,2	0,4	1,5	0,7	0,7	0,6	0,5	0,4	1,2	0,6
BP	Anzahl	1969	—	—	—	—	—	—	—	—	49 694	—	49 694
	%	1969	—	—	—	—	—	—	—	—	0,9	—	0,2
EP (1965: EFP)	Anzahl	1969	3 046	3 329	5 394	1 897	10 588	6 550	—	8 174	9 044	1 628	49 650
	Anzahl	1965	—	—	—	1 015	—	—	—	—	—	—	1 015
	%	1969	0,2	0,3	0,1	0,4	0,1	0,2	—	0,2	0,2	0,3	0,2
	%	1965	—	—	—	0,2	—	—	—	—	—	—	0,0
GPD	Anzahl	1969	1 271	—	9 732	—	4 325	18 758	—	2 830	8 485	—	45 401
	%	1969	0,1	—	0,2	—	0,0	0,6	—	0,1	0,1	—	0,1
FSU	Anzahl	1969	—	1 510	2 688	450	6 735	—	—	2 534	2 454	—	16 371
	Anzahl	1965	—	1 628	2 634	—	6 369	—	—	—	—	—	10 631
	%	1969	—	0,1	0,1	0,1	0,1	—	—	0,1	0,0	—	0,0
	%	1965	—	0,1	0,1	—	0,1	—	—	—	—	—	0,0
Zentrum	Anzahl	1969	—	—	—	—	15 114	—	—	—	—	819	15 933
	%	1969	—	—	—	—	0,2	—	—	—	—	0,1	0,0
UAP	Anzahl	1969	—	—	—	—	5 309	—	—	—	—	—	5 309
	Anzahl	1965	—	—	—	—	3 959	—	—	—	—	—	3 959
	%	1969	—	—	—	—	0,1	—	—	—	—	—	0,0
	%	1965	—	—	—	—	0,0	—	—	—	—	—	0,0